

Der Bürgerhaushalt ist ein Erfolg, der nicht kaputtgeredet werden sollte

Die Stadtverordneten hatten über die Projekte zu entscheiden, die im Rahmen des Bürgerhaushalts umgesetzt werden sollen.

Besonders am Herzen lag uns dabei Projekt Nummer 6 – die Sanierungsmaßnahmen beim FC Borussia Brandenburg an der Massowburg. Vor über 30 Jahren spielte ich selbst an dieser Stelle Fußball für Lok Brandenburg. Während des Oberbürgermeisterwahlkampfes hatte ich die Gelegenheit, die Sportstätte erneut zu besuchen. Dabei war ich überrascht, dass Teile des Gebäudes und der Einrichtung noch aus dieser Zeit stammen.

Da die Sportstätte außerdem als Akkreditierungszentrum für Veranstaltungen auf der Regattastrecke dient, sah ich hier einen deutlichen Handlungsbedarf.

Aus diesem Grund habe ich den Antrag von Borussia Brandenburg ausdrücklich unterstützt und konnte auch die Mitglieder unserer Fraktion von einer Zustimmung überzeugen.

Einen bitteren Nachgeschmack hinterließ aus unserer Sicht das Verhalten von SPD, Linken, Grünen und BSW nach der Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung. Es entsteht der Eindruck, dass demokratische Entscheidungen von diesen Parteien häufig infrage gestellt werden, wenn ihnen das Ergebnis nicht gefällt.

Grundsätzlich steht die AfD für direkte Demokratie. Jährliche Volksabstimmungen würden jedoch – wie bereits das Verfahren zum Packhof gezeigt hat – einen erheblichen Verwaltungsaufwand und hohe Kosten verursachen. Das Budget des Bürgerhaushalts in Höhe von 150.000 Euro würde dadurch um ein Vielfaches überschritten und dieses aus unserer Sicht erfolgreiche Konzept finanziell gefährdet.

Die Stadtverordnetenversammlung bildet die Mehrheitsverhältnisse der Kommunalwahl ab und ist deshalb das demokratisch legitimierte Gremium für diese Entscheidungen.

Axel Brösicke



AfD Fraktion
Brandenburg
an der Havel

Liebe Brandenburger,

Die Stadtverordnetenversammlung geht nun in die **sitzungsfreie Sommerpause**.

Als AfD-Fraktion bleiben wir selbstverständlich auch in dieser Zeit für Sie erreichbar und ansprechbar. Wir werden uns weiterhin mit vollem Engagement für Ihre Anliegen, Sorgen und Probleme einsetzen.

Wir wünschen Ihnen eine schöne Sommerzeit, allen Schülerinnen und Schülern erholsame Ferien sowie allen Schulabgängerinnen und Schulabgängern einen erfolgreichen Start in Ausbildung oder Studium.

**Ihre AfD-Fraktion
Brandenburg an der Havel**

ZEIT FÜR

BRANDENBURG.

Ein Schlag ins Gesicht für alle Arbeitnehmer

Ganz klar abgelehnt haben wir den Antrag der Verwaltung auf eine überplanmäßige Mittelbereitstellung für den Bereich „Hilfen zur Gesundheit“ in Höhe von **961.600 Euro**.

Überplanmäßige Mittelbereitstellungen sind zusätzliche Ausgaben, die über den ursprünglich beschlossenen Haushalt hinaus finanziert werden müssen.

Laut der Beschlussvorlage war der wesentliche Grund für den gestiegenen Finanzbedarf die Aufnahme zahlreicher ukrainischer Flüchtlinge sowie ihrer leistungsberechtigten Angehörigen.

Im Hauptausschuss sagte die Sozialbeigeordnete einen Satz, den wir gleichermaßen als zutreffend wie erschreckend empfanden:

***„Wir als Stadt sind ja quasi die
Krankenkasse für diese Menschen.“***

In einer Zeit, in der die Bundesregierung erklärt, die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern sei nicht mehr finanzierbar, Krankenkassenleistungen gekürzt, Zuzahlungen erhöht und ein späteres Renteneintrittsalter diskutiert werden, können wir einer solchen Vorlage nicht guten Gewissens zustimmen.

Während das Leben insbesondere für die arbeitende Bevölkerung immer teurer wird und gleichzeitig Sozialleistungen gekürzt oder eingeschränkt werden, halten wir es für **falsch, dass Menschen, die nie in unser Sozialsystem eingezahlt haben, eine zuzahlungsfreie Vollversorgung erhalten.**

Uns ist bewusst, dass die Stadt rechtlich verpflichtet ist, diese Leistungen zu finanzieren. Dennoch **haben wir die Vorlage abgelehnt**. Die hierfür benötigten Mittel belasten den städtischen Haushalt und fehlen an anderer Stelle – beispielsweise für Investitionen in Infrastruktur, Bildung oder freiwillige kommunale Leistungen.

Wenn bundespolitische Entscheidungen zu zusätzlichen finanziellen Belastungen der Kommunen führen, sollte nach unserer Auffassung **auch der Bund die daraus entstehenden Kosten vollständig übernehmen.**